

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreibrundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 3. Februar 1932

Nummer 10

Allgemeinverbindlichkeit des Lohntarifs

Abkürz.

Der Reichsarbeitsminister.
III Nr. 125 A/350 Tar.

Berlin NW 40, den 21. Januar 1932.
Scharnhorststraße 35.

Entscheidung

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung („Reichsgesetzblatt“ 1928 I, S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages

a) auf Arbeitgeberseite:

Deutscher Buchdrucker-Verein, E. V., Berlin;

b) auf Arbeitnehmerseite:

Verband der Deutschen Buchdrucker, Berlin;

Gutenberg-Bund, Berlin;

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und

Arbeiterinnen Deutschlands, Charlottenburg;

Graphischer Zentralverband, Köln.

II. Tag des Abschlusses: 17. Dezember 1931, Vereinbarung über Weitergeltung des verbindlich erklärten Lohnschießspruchs vom 2. Februar 1931 und über den Spitzenlohn ab 1. Januar 1932 auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931, Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Deutschen Buchdrucker-Tarif (Manteltarifvertrag) vom 2. März 1930 und zum allgemeinverbindlichen Reichstarif für das Deutsche Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfspersonal (Manteltarifvertrag) vom 8. März 1930.

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Buchdrucker-Gehilfen und Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen in Buch- und Zeitungsdruckereien sowie in Druckereiabteilungen fremder Betriebe. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeitsverhältnisse in Druckereiabteilungen fremder Betriebe, die Buchdruckerarbeiten überwiegend zur Herstellung der Betriebsprodukte verrichten. Sie erstreckt sich ferner nicht auf Arbeitsverhältnisse in Druckereiabteilungen der Verwaltungen und Betriebe des Reichs, der Länder, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher Körperschaften einschließlich der Reichsbahn, die Buchdruckerarbeiten lediglich für Verwaltungszwecke verrichten. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich auf die Arbeitsverhältnisse in der Reichsdruckerei insoweit, als nicht in dem Sondertarifvertrag der Reichsdruckerei besondere Bestimmungen getroffen sind.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.

V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 21. Dezember 1931.

VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:

Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Die allgemeine Verbindlichkeit des Lohnschießspruchs vom 2. Februar 1931 hatte geendet.

Im Auftrag: gez. Dr. Kalkbrenner.

Beglaubigt: Hundak, Min.-Kanzleisekretär.

Eingetragen am 27. Januar 1932 auf Blatt 9720 III Nr. 8 des Tarifregisters.

Gewerkschaften und Wirtschaftskrise

Wie überall im Wirtschaftsleben, machen sich die wirtschaftlichen Störungen auch bei den Gewerkschaften bemerkbar. Mit dem Auftreten einer Wirtschaftskrise gelangt regelmäßig die sonst zu beobachtende Aufwärtsbewegung ihres Mitgliederstandes ins Stocken, um bei längerer Dauer der Krise in einen mehr oder minder starken Rückgang der Mitgliederzahl überzugehen. Dieser Vorgang wiederholt sich schon, solange es eine Gewerkschaftsbewegung gibt, und es gibt kaum eine Gewerkschaft, die völlig davon verschont bliebe. Das ist eine zwar bedauerliche, aber nicht wegzuleugnende Tatsache. Die Aufklärungs- und Werbearbeit der Gewerkschaften vermochte den in solchen kritischen Zeiten eintretenden Mitgliederchwund, ja die auch sonst zu beobachtende Mitgliederfluktuation

nicht zu beseitigen, sondern nur zu vermindern. Selbst die von den Gewerkschaften geschaffenen Interfusionsanstalten mit ihren für die Arbeiter recht bedeutsamen materiellen Vorteilen haben hierin keine durchgreifende Aenderung herbeizuführen vermocht, wenigstens bei manchen Besseren.

Diese Umstände muß man sich vergegenwärtigen, wenn man beobachtet, wie gegenwärtig wieder bewußte und unbewußte Miesmacher am Werke sind, die Tätigkeit der Gewerkschaften zu bemäßen und zu bekriechen oder sogar Befürchtungen zu erwecken, als ob die Entwicklung der Gewerkschaften vor einem Wendepunkt stehe, der für sie den Niedergang bedeute. Zu solchen Befürchtungen liegt nicht die geringste Ursache vor. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise zeigt die Gewerkschaften lediglich in der gleichen Lage, in der sie sich unter ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen schon wiederholt befanden. Nur daß sie entsprechend der Schwere und Dauer der gegenwärtigen Wirtschaftskrise stärker in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Bis jetzt steht außer jedem Zweifel, daß die Gewerkschaften die nachteiligen Wirkungen der Krise verhältnismäßig gut überstanden haben. Daran ändert nichts, daß die Mitgliederbewegung seit geraumer Zeit nicht mehr aufwärts strebt, stagniert und teilweise sogar einen Rückgang aufweist. Wohl werden noch immer Aufnahmen gemacht. Dennoch vermag die Werberätigkeit der Gewerkschaften vielfach nicht mehr die infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit gerissenen Wunden auszufüllen. Das erscheint nur zu erklärlich, weil sie besonders in den von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffenen Berufen überall auf einen leeren Raum stößt. Werberfolge sind eben nur dann möglich, wenn die Arbeiter bei der Werbung an ihren Berufsinteressen gepackt werden können.

Die Berufsinteressen der Arbeiter sind aber zum wesentlichen Teil nur mit der Arbeit verbunden, deren Erlangung zur Zeit trotz aller dahingehenden Anstrengungen in fast allen Berufen zehntausenden von Arbeitern zur Unmöglichkeit geworden ist. Für den Arbeitslosen, vor allem den Ungelehrten, haben die Berufsinteressen begreiflicherweise auf die Dauer nur noch untergeordnete Bedeutung, die, je länger er arbeitslos ist, abnimmt. Weiß er doch nicht, ob er wieder in seinem gewohnten Beruf tätig sein wird oder trotz sein muß, wenn er in einem andern unterzukommen kann. Bei dem gelehrten Arbeiter ist die Bindung an die Berufsinteressen im allgemeinen stärker. Aber auch hier zeigt sich, daß er häufig infolge längerer Arbeitslosigkeit den Anschluß an seine Gewerkschaft verliert, obwohl er seine Mitgliedschaft ohne besondere Kosten aufrechtzuerhalten imstande wäre. Das zu verhindern ist bis jetzt nur einer verhältnismäßig kleinen Zahl besonders festgefügtter Gewerkschaften gelungen.

Von den Unternehmern wird der Kampf gegen die Gewerkschaften in anderer Weise geführt, wobei sie die von ihnen kommunikativen und nationalsozialistischen Handlangern gewährte Unterstützung nach Kräften ausnützen. Gefördert durch die den Gewerkschaften nachteilige Wirtschaftslage, richten sie vornehmlich ihre Bestrebungen auf den Abbau der gewerkschaftlichen Erzeugnisse auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Unverkennbar haben sie dabei recht erhebliche Erfolge erzielt. Wenn nicht noch mehr, so nur deshalb, weil sich der Widerstand der Gewerkschaften demgegenüber doch noch zu stark erwie-

Wie dieses Vertrauen untergraben wird, dafür bieten die Ausführungen des wegen seiner Hege gegen die Sozialpolitik und die Gewerkschaften bekannten Philosophieprofessors Dr. Horneser in einer Schrift über die gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter einen recht anschaulichen Beleg. Er sagt darin: „daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter grundsätzlich im wesentlichen, im großen und ganzen, sich überhaupt nicht ändern läßt, daß sich die Arbeiter mit dieser ihrer wirtschaftlichen Lage, d. h. mit einem Lohnsatz, der nur eben ihr Leben fristet, mit dem sie nur die allerersten notwendigen, dringlichsten, unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse decken können, ein für allemal abfinden müssen, daß eine grundsätzliche Änderung ihrer wirtschaftlichen Stellung, eine Emporhebung auf einen wesentlich anderen besseren Stand der wirtschaftlichen Bedingungen - nie und

nimmer geschehen kann, daß dieser Wunsch für alle Zeiten unerfüllbar ist.“

Damit nicht genug, unterkreicht er diese Behauptung noch, indem er fortfährt: „Das Gegenteil zu glauben und zu erstreben... ist eine trügerische Selbstbetrug, der über die Arbeitergesellschaft das schwerste Verderben heraufbeschwört, Not und Elend über sie verhängen muß. — Ein Lohnsatz, der eben nur zureicht, das Leben aufrechtzuerhalten und die unvermeidbaren, unumgänglichen Lebensnotwendigkeiten zu erhalten, ist das unabänderliche, unabweisbare Los der Arbeiter, das keine Macht der Welt jemals umgestalten kann, ist ihr dauerndes eheernes Schicksal, das sie, wollen sie überhaupt leben bleiben, willig anerkennen und hinnehmen müssen.“ Das heißt also mit dürren Worten: Arbeiter, laßt alle eure Hoffnungen auf wirtschaftliche und soziale Besserstellung fahren, wendet euch von den trügerischen Versprechungen der Gewerkschaften ab und begnügt euch mit dem, was euch die Unternehmer für eure Arbeit zu bieten für angemessen halten!

Herr Horneser steht im Dienste des kapitalistischen Unternehmertums. Er ist dessen wissenschaftliche Leuchte im Kampf gegen die Gewerkschaften. Somit spricht er nur aus, was man in den Unternehmerkreisen denkt und verfolgt. Offener und brutaler kann deren scharfmacherischer Standpunkt nicht vertreten werden. Es kommt auf das gleiche hinaus, was einmal ein Erzbißhof über das Schicksal der Arbeiter aussprach: „Knecht soll Knecht bleiben!“ Die Arbeiter sollen sich mit ihrem Knechtsdasein begnügen, damit ihre Herren und Ausbeuter von dem Ertrag ihrer Arbeit in Glanz, Luxus und Überfluß leben können! So will es die „göttliche Weltordnung“ und der Kapitalismus, und so würde es sein, wenn die Gewerkschaften nicht beständen oder die Arbeiter auf die gewerkschaftliche Tätigkeit verzichteten würden.

Günstigerweise sind die Gewerkschaften, und mit ihnen die organisierten Arbeiter, trotz Krise, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkung noch so weit, um das Ringen für eine wirtschaftliche und soziale Besserstellung aufzugeben. Sie brauchen sich auf in eine derart verzweifelte Auffassung nicht zu verlieren. Noch stehen die Gewerkschaften fest und kampffähig da, abwartend, bis sich die wirtschaftliche Lage ändert, wo ihnen die Möglichkeit geboten sein wird, das Verlorene wieder herinzuholen sowie neue wirtschaftliche und soziale Vorteile zu erkämpfen. Auf diesem Standpunkt zu beharren, ist um so mehr geboten, als es auch in der hinter uns liegenden Zeit Perioden gab, in denen sich die gleiche pessimistische Anschauung bemerkbar machte, wie sie gegenwärtig auftritt. Es braudt nur an das „eherne Lohngesetz“ Lassalles, an das Wort Rosa Luxemburgs von der „Sisyphusarbeit der Gewerkschaften“ erinnert zu werden.

Die Gewerkschaften haben sich durch diesen Pessimismus nicht beirren lassen, und der Erfolg hat ihnen recht gegeben! Was die Arbeiter an wirtschaftlichen Rechten sowie an sozialen Vorteilen auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes, der sozialen Fürsorge und Versicherung, an Verkürzung der Arbeitszeit, als auch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichten, haben sie ausschließlich ihrer politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit zu verdanken. Sie haben sich diese Vorteile erkämpft! Freiwillig wurden ihnen von den Unternehmern nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht!

Hiernach ist die Fortsetzung der Gewerkschaftsarbeit dringender denn je notwendig, wenn die Arbeiter nicht noch mehr als gefahren ist verlieren sollen. Und sie haben noch sehr viel zu verlieren! Sie brauchen nur an die Zeit zurückzudenken, in der noch vor 30 bis 40 Jahren der Antirepublikanismus nahezu unbeschränkt herrschte. Darum entscheidender Kampf gegen jede gewerkschaftliche und politische Flaumacherei! Die Gewerkschaften dürfen ihn nicht aufgeben und die Arbeiter müssen dabei mitwirken. Einmal muß auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise ein Ende finden und einem neuen wirtschaftlichen Aufstieg Raum geben. Dann werden auch die Hemmnisse in Wegfall kommen, die heute eine aktivere Tätigkeit der Gewerkschaften erschweren, und sie werden aufs neue den Beweis dafür erbringen, wie sehr sie für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt unentbehrlich sind.

Strukturwandlungen der Weltwirtschaft

Die veränderte Lage der Weltwirtschaft findet bei den verschiedenen Interessengruppen auch verschiedene Erklärungen. In nationalökonomischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß ausschließlich die Reparationen die deutsche Wirtschaft in die augenblicklichen chaotischen Zustände führten. Es ist unerkennbar, daß die Reparationen die deutsche und die Weltwirtschaft erschweren, sie aber als alleinige Ursache ansehen, ist ein Zirkumstanz. Beispielsmäßig werden besonders drei Länder von der Krise empfindlich getroffen, die ebendam und auch noch heute einen weltwirtschaftlichen Rang besitzen. Deutschland, das die Reparationen ihrer zahlen muß, England, das große Kolonialland, durch das die Reparationen durchfließen, und USA, das die Reparationen empfängt. In diesen drei Ländern sind, trotz der verschiedenartigen Beziehung zu den Reparationen, die gleichgroßen Schwierigkeiten in der Wirtschaft festzustellen. Eine Tatsache, die diesen Leuten zu denken geben sollte. Allerdings sind die Reparationen jegliche Bedeutung in dieser Beziehung nehmen, wäre genau so verfehlt. Und nun noch einige andere Erklärungen für die Wirtschaftslage. 1. Deutschland hat einen eigenartigen Altersaufbau der männlichen Bevölkerung aufzuweisen. Die Jahrgänge von 16 bis 55 Jahren sind stark besetzt. Also jene Personen, die zur Zeit ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anbieten. 2. Die Rentner sind durch ungenügende Unterstützung gezwungen, irgendwelche Arbeit anzunehmen. Sie treten auf dem Arbeitsmarkt als ungewohnte Konkurrenten auf, da sie sich für wenig Geld anbieten. 3. Der Fortfall der Militärdienstpflicht ist sicher nicht ohne Wirkung auf die Wirtschaft geblieben. 4. Die Verschlechterung der Rohstoffversorgung, im eigenen Land ist anzuführen. Die Mittelgebirge in Wothringen mußten an Frankreich abgetreten werden. Kaligebiete im Elsaß gingen verloren. In Polen fiel ein Teil der ober-schlesischen Kohlen- und Zinklager. 5. Die landwirtschaftliche Basis innerhalb der Wirtschaft verschlechterte sich durch den Verlust der agrarischen Überschussprovinzen Polen, Westpreußen. So schwer alle diese Dinge wiegen mögen, so liegen sie aber doch an der Peripherie und haben nebensächliche Bedeutung angesichts zwei anderer Ursachen: 1. Europäisierung der Weltwirtschaft und 2. Industrialisierung der außereuropäischen Welt. Der Wandel in der Struktur der Weltwirtschaft findet darin seine Erklärung. Der Übergang vom freien Kapitalismus zum Monopolkapitalismus erschütterte stark die inneren Wirtschaftsverhältnisse. Es muß wohl hier einmal grundsätzlich die Verknüpfung Deutschlands und Europas erwähnt werden. Vor dem Krieg hatte die Weltwirtschaft folgendes Aussehen. Europa war die Marktkräfte der Welt, sein Industrie- und Handelszentrum. Überall, wo es ging, wurden die außereuropäischen Länder hatten für Europa drei verschiedene Aufgaben zu erledigen. Sie lieferten 1. Lebensmittel, die durch die künstliche Ausfuhr der Industrie wurde die Landwirtschaft vernachlässigt, 2. lieferten diese Länder Rohstoffe und 3. kamen sie als Kolonialland, als Absatzgebiet in Betracht. Mit dem Kriegsbeginn 1914 wurde unter diese Wirtschaftsstruktur der Schlüssel gezogen, und eine neue Epoche begann. Vielesicht waren auch die zutage tretenden Änderungssträfte mittelbar am Kriegsausbruch beteiligt. Die außereuropäischen Länder waren auf den Bezug der Industriewaren aus Europa eingestellt. Mit Beginn des Krieges setzte auf einen Schlag die Versorgung aus. Ein von Jahr zu Jahr steigender Warenmangel in diesen Ländern war die Folge. Und was lag näher, als daß man überall auf den Gedanken kam, die mangelnden Waren selbst anzufertigen. Rohstoffe und Arbeitskräfte hatte man, und da fast alle neutralen Länder an dem Krieg gut verdienten, hatte man auch Kapital. „Industrialisieren wir uns“, sagten sich alle diese Staaten, und in 5 bis 10 Jahren wuchs eine Industrie auf, die jetzt nicht nur Konsumgüter, sondern sogar Produktionsgüter anfertigt. In den ostasiatischen Ländern, in Afrika, Indien, Australien und Südamerika, tritt diese Industrialisierung merklich zutage. Als nach dem Krieg die alten Wirtschaftsbeziehungen wieder aufgenommen werden sollten, fand man eine gänzlich veränderte Wirtschaftslage vor. Länder, die früher für Europa als Hauptabsatzgebiet galten, nahmen nur wenig oder gar nichts mehr ab. Im Gegenteil, sie schickten ihre junge Industrie durch Zölle und Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen. Wirtschaftlichen Protektionismus nennt man so etwas wohl auch. Reichsbankpräsident a. D. H. Schaft führt in seinem Buch aus: Geht uns die Kolonien wieder, und wir werden uns wieder hocharbeiten. Aus obigen Ausführungen geht aber schon hervor, daß die Kolonien heute etwas ganz anderes bedeuten als vor 20 Jahren. Sie sind aufwachsende Völker, die sich auf ihre Kraft besinnen und mit ihr einen selbständigen, unabhängigen Staat aufbauen wollen. Man will sich von der europäischen Wirtschaft freimachen. England, das so gewaltige Kolonialreich, ist genau in derselben Kalamität wie wir, die wir keine Kolonien besitzen. Es ist eben nicht mehr so, daß Europa das Industrieland der Welt darstellt, und alle anderen Staaten Rohstoffe- und Lebensmittelland bedeuten. In dem Rezept des Herrn Schaft dürfte wohl demnach auch nicht die Lösung liegen.

Durch diese Wandlungen wurde für Europa der ökonomische Radius erheblich verkleinert. Wenn vor dem Krieg wirtschaftliche Schwierigkeiten auftauchen, dann überwand man sie oft durch Erschließung neuer Märkte, durch Kolonialisierung, eine Möglichkeit, die heute nicht mehr in Frage kommt. Wirtschaftsprotektionismus in den ehemaligen Absatzgebieten verhindert das Eindringen in

die. Das Gebot für die Wirtschaft heißt heute, also, den Binnenmarkt stark machen, die Wirtschaft im Innern aufstufen. Und unser Schicksal wird es sein, ob und wie weit es uns gelingt, die Wirtschaft im eignen Lande stark zu machen. Wenn eine spätere Zeit über die Maßnahmen, die zur Belebung der Wirtschaft dienen sollen, urteilen wird, so wird man wohl von „Zurwegen der Wirtschaft“ sprechen.

Es bleibt nun zu unteruchen, ob diese Schwierigkeit durch diesen viel verdammten Fortschritt der Technik oder durch die Wirtschaftsverfallung zustande kam. Ist die große Arbeitslosigkeit, die geschwächte Kaufkraft durch die Technik gezeugt worden? Soll man Sturm laufen gegen die Technik? Nein, niemals; denn die Technik ist ewig, bei ihr gibt es nur ein Vorwärts — nie aber ein Zurück. Und darum ist nicht die Technik, sondern die heutige Wirtschaftsverfallung schuld! Die Rationalisierung ist nichts Neues. Sie wohnt dem Wirtschaftsprozess von jeher inne. Doch warum hatten unsere Vorkriegskrisen niemals ein solches Ausmaß als die jetzige. Einiges dazu ist schon gesagt, Grundfähiges bleibt noch zu erwähnen. Vor dem Krieg schloß die Wirtschaft für 20 Millionen Menschen, die vom Lande nach der Stadt strömten, neue Arbeitsplätze auf und gab ihnen Brot. Von 1800 bis 1915 ist ein ganz langsam aufsteigender Lebensstandard des Proletariats zu beobachten, trotz der Ausbeutung durch das Kapital. Die freie Wirtschaft setzt wohl Arbeitskräfte frei, aber durch die ihr innewohnende Tendenz und durch die Konkurrenz untereinander werden diese Arbeitskräfte an anderer Stelle kompensiert. Es besteht sogar darüber hinaus noch eine Nachfrage. Das läßt sich am besten mit einem Beispiel erklären:

Ein Unternehmer beschäftigt 25 Arbeiter für eine bestimmte Arbeit und bezahlt pro Tag 200 M. dafür. Eine Maschine erledigt diese Arbeit für 136 M. Er wird diese Maschine anschaffen. Jeder Wert ist befallig auf Arbeit zurückzuführen. Die Maschine muß gebaut werden, Kohlen und Erze sind dazu notwendig, sie muß transportiert und aufgestellt werden, sie braucht Wartung und Bedienung, sie braucht Kraft, sie hat Verschleiß. Da ein Arbeiter pro Tag 8 M. verdient, werden durch die 136 M. Gestehtungskosten im ganzen 17 Arbeiter beschäftigt finden. Die übrigen 8 Personen werden freigesetzt. Der Unternehmer produziert jetzt um 64 M. billiger, die er als besonderen Gewinn einstecken kann. Aber nicht sehr lange, weil sein Konkurrent mit den gleichen Neuerungen arbeiten wird, und weil in der freien Wirtschaft durch die Konkurrenz der niedrige Höchstpreis zustande kommt. Nach und nach werden also die 64 M. freikommen, der Kaufpreis sinkt um 64 M. Da der Lohn der gleiche blieb, stieg die Kaufkraft der Arbeiter um 64 M. Sie können also für 64 M. noch Bedürfnisse fragen, die ihr früher nicht befriedigen konnten. Diese Waren müssen natürlich gefertigt werden, und schon haben die anderen freien acht Personen, allerdings in einem anderen Wirtschaftszweig, mehr Arbeit. Durch die Massenproduktion tritt die „Preise in Kraft“ je größer die Serie um so niedriger der Preis. Denn die Generalaufkosten bleiben trotz erhöhter Menge die gleichen, sie werden aber auf eine größere Anzahl umgelegt. Die Folge ist, daß die Generalaufkosten (Mieten, Zinsen, Licht, Kraft usw.) auf das Stück kleiner werden, daß also der Preis sinkt. Wir können also zu den 64 M. eventuell noch 8 M. Generalaufkosten zusetzen, haben somit 72 M. zu verteilen. Bei gleichbleibendem Lohn wird der Lebensstandard langsam — aber besser: entsprechend der Schnelligkeit der vermehrten Rationalisierung — steigen, und außerdem wird noch Nachfrage nach neuen Arbeitskräften sein. Stufe für Stufe wird auch die Dauer der Arbeitszeit sinken. Das ist aber nur möglich in einer wahrhaft freien Wirtschaft, auch wenn sie kapitalistisch ist. Bemerkte sich hierbei noch, daß der Proletariat auch in der freiesten kapitalistischen Wirtschaft ausgebeutet wird, daß seine Interessen nur in der sozialistischen Planwirtschaft gerecht wahrgenommen werden. Doch zurück. Wir sind ja himmelhoch von einer freien Wirtschaft entfernt. Der Monopolkapitalismus steht dem aufgezeigten Weg fördernd und grundlegend entgegen. Ein Glied fehlt nämlich in der Kette. Der durch Rationalisierung und Modernisierung erzielte Verbilligung in der Herstellung folgt nicht die Preisreduktion. Der Differenzialgewinn wird als besonderer Profit eingestemmt. Das arbeitslose Einkommen steigt im Monopolkapitalismus. Während in der freien Wirtschaft der schlechte Betrieb niederkonkurriert wird, werden heute innerhalb von Konzernen, Kartellen und Trusts unrentable Betriebe nur stillgelegt, der Besitzer aber bekommt die Monopolrente, welche die anderen Betriebe enorm belastet. Es ist das eben erwähnte arbeitslose Einkommen, der Gewinn ohne zu produzieren. Diese Verhältnisse entstehen im sogenannten Kampf um die Quote. Ein Beispiel: Ein Kohlenkartell hat eine Jahresproduktion von 8 Millionen Tonnen, der Verkaufspreis beträgt pro Tonne 24 M. Der Gestehtungspreis und der Anteil an der Jahresproduktion steht bei den verschiedenen Kartellmitgliedern so aus:

- A kostet die Tonne 14,00 M., seine Quote = 2,0 Mill. To.
 - B kostet die Tonne 15,00 M., seine Quote = 1,5 Mill. To.
 - C kostet die Tonne 18,75 M., seine Quote = 2,0 Mill. To.
 - D kostet die Tonne 21,25 M., seine Quote = 0,5 Mill. To.
 - E kostet die Tonne 22,00 M., seine Quote = 2,0 Mill. To.
- Während A bei einem Verkaufspreis von 24 M. pro Tonne einen Verdienst von 10 M. hat, kann D nur 2,75 M. und E gar nur 2 M. erlösen. A, B und C, deren Produktionsmöglichkeit noch nicht erschöpft ist, werden versuchen, die Quote von D und E an sich zu bringen. Sie werden ihnen mehr garantieren, als D und E bisher verdiente. Denn sie alle produzieren billiger, haben also jenseits einen Gewinn. Sie werden sich schließlich gegenseitig so überbieten,

daß A mit einem verhältnismäßig bescheidenen Gewinn pro Tonne die Quoten bekommt, während D und E die Monopol- oder Differenzialrente einbringen. Ihre Unternehmen ruht und ihr Einkommen ist, ohne Geschäftsjahren zu haben, größer geworden. Im Monopolkapitalismus wächst das arbeitslose Einkommen. Trotzdem A viel billiger hätte verkaufen können, weil sein Verdienst ja unverhältnismäßig hoch ist, kommt es doch nicht zu einer Preisreduktion. Er hat eben an der neuerworbene Quote eventuell nur 2 M. Gewinn pro Tonne, weil er die übrigen 6 M. Gewinn pro Tonne als Monopolrente an D und E abtreten muß. Arbeiter werden frohlos, die Kaufkraft sinkt, und der rentable Betrieb des A ist mit einer hohen Rente belastet. Rationalisierung und technischer Fortschritt können sich im Monopolkapitalismus nicht zum Volkswohle auswirken. Es kommt zu den Krisen, wie wir sie erleben.

Und nun wieder zurück zur freien Wirtschaft. Wie wir vorher gesehen haben, wächst durch sie und in ihr der ökonomische Radius. Die Rationalisierung in einer freien Wirtschaft ist begleitet von einem stetigen Steigen des Lebensstandards der Arbeiter und erschließt ihnen neue Arbeitsplätze. Um die Wirtschaft wieder flott zu machen, kann man heute nicht mehr das Vorkriegsmittel anwenden, neue Länder, neue Märkte aufzusuchen. So etwas gibt es einfach nicht mehr, wie ja schon anfangs erwähnt wurde. Unser Heil liegt im Binnenmarkt. Und wenn man die Krise durch Entlassungen und Lohnsenkungen und Einsparungen überwinden will, so bedeutet das eine Schrumpfung der Kaufkraft, eine allgemeine Verelendung, der Lebensstandard des einzelnen sinkt, und die Krise ist nicht behoben. Durch diese Maßnahmen wird trotz Bedarf die Konsumtionsziffer kleiner, die Produktion muß weiter eingeschränkt werden, und der Lohn belastet die Produktion schon wieder zu sehr. Er muß weiter gesenkt werden. Wir befinden uns mit dem System auf einem Irweg. Der Binnenmarkt ist zerschlagen, der Export ist fast abgebrochen.

Der Monopolkapitalismus bringt eine doppelte Ausbeutung mit sich. Während zur Zeit Karl Marx' die Proletarier für das Anrecht auf vollen Arbeitseinsatz kämpften, also den um den Mehrwert gezögerten Lohn befechtigen wollten, kommt heute noch die Konsumtenausbeutung hinzu, eben durch die gebundenen, überhöhten Preise. Das bedeutet, daß die Arbeiter nicht mehr allein die ausgebeutete Schicht sind. Der Kreis der Ausbeuteten erweitert sich im Monopolkapitalismus. Die Bauernschaft, der bürgerliche Mittelstand, Handwerker, Kaufleute, Beamten und Angestellten, sie alle fühlen den Niedergang ihrer wirtschaftlichen Position. Der Boden unter ihren Füßen ist unflüchtig. Mit der bürgerlichen Wohlgeborgenheit ist es vorbei. Sie sinken ab, sie verproletarisieren. Aber sie haben alle die Ursachen noch nicht klar erkannt. Sie wissen noch nicht, daß das gemeinsame Schuldopfer für alle der Kapitalismus ist und daß alle in einer Front gegen ihn stehen müssen. Sie geben dem Marxismus, der Republik, dem Verfall der Diktat, dem Young- oder Dawesplan, den Franzosen, und was weiß ich, die Schuld. Vor dem Kriege waren nur die Pole der Gesellschaft politisch, der Kapitalismus und das Proletariat. Die Zwischenschichten waren indifferent. Diese sind jetzt politisch geworden. Aber in ihrer Hoffnung auf den individuellen Aufstieg verpersperren sie sich gegen reale Vorstellungen. Auch bei ihnen ist die geschichtliche Tatsache zu beobachten, daß sich der Eintritt in die Politik in falschen Bahnen bewegt. Als die Arbeiter politisch wurden, glaubten sie an die Gewalt, lehnten sie sich gegen die Technik auf, wollten sie Maschinen käufeln. Die bürgerlichen Kreise glauben an das Wunder, hoffen auf den starken Mann, der ihnen ihr Ideal wiedergeben soll.

Nicht durch Phrasologie und Berhetzung, sondern durch Aufklärung müssen die Leute für die große proletarische Front gewonnen werden. Was kann der Bauer, der Angestellte, der Handwerker und der Kaufmann vom Kapitalismus erwarten? Hier muß untersucht und aufgeklärt werden. Krauser stellt in seinem Buch „Der Angestellte“ fest, daß noch 1907 von 5 Angestellten 3 in ein Unternehmerverhältnis aufsteigen konnten. 1925 waren es auf 100 Angestellte nur noch ganze 7. Das bürgerliche Ideal fiel schon mit dem Augenblick, da sie die Notwendigkeit von Verein und Verband erkannten, da die Bürgerlichen begannen, Gruppenpolitik zu betreiben. Der einzelne ist machtlos, ist hilflos. Er sinkt herab zur auswechselfähigen Ware, genau wie der Prolet. Mit der Verfestigung im wirtschaftlichen Aufbau ändert sich auch die soziale Struktur. Auf diese Dinge als konkrete Tatsache hinweisen, das ist unsere Aufgabe. Auf das Fazit hinzuweisen, erübrigt sich. Das werden alle am eignen Leide erfahren. Die vorhandene dunkle antikapitalistische Stimmung, die in weiten Kreisen des Volkes umgeht, die müssen wir schüren, damit es uns gelingt, diese Volksmassen in unsere Reihen zu bekommen. Es darf dem Kapitalismus niemals gelingen, daß er seine Pfalze wieder festigen kann, daß er die durch Inflation und Krise zerstörte Besitzfront wieder aufrichten kann. Der Kapitalismus versucht, eine Massenfront zusammenzuschmeißen, um mit ihr das erwachte Klassenbewußtsein zu erschlagen. Und da heute nur das Wort „Sozialismus“ zieht, verlustet er es mit einem Monstrum von Sozialismus, verlustet er es mit dem Nationalsozialismus. Der große Kampf entscheidet sich zwischen Kapitalisten und den Proletariern. Wenn wir es gelingen, diese Schichten in seine Reihen zu bekommen? Wir können hoffen, daß unsere Grundlage stark genug ist, um diesen letzten und entscheidenden Schlag gegen das erwachte Klassenbewußtsein, gegen das Proletariat, aufzuhalten, und daß es uns darüber hinaus gelingt, dem wahren Sozialismus näherzukommen. — (Frankfurt-D.).

Die Zwangsbewirtschaftung des Zinses

Schon lange bevor die vierte Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassen wurde, erfuhr die deutsche Öffentlichkeit von den Plänen der Regierung, den Zinssatz zwangsweise herabzusetzen. Das gab ziemlich allen am Wirtschaftsleben interessierten Kreisen Veranlassung, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen, was auch an dieser Stelle in einem „Das Zinsproblem“ besetzten Artikel in Nr. 91 vom 14. November v. J. geschehen ist. Die Ablehnung des Zwangseingriffs in die Zinswirtschaft war ganz allgemein. Die Argumente, die allorts dagegen ins Feld geführt wurden, verfehlten auch nicht ihren Eindruck auf den Reichszankler. Doktor Brüning stellte, bezugnehmend auf die Zinsdebatten, in einer Rede am 13. November in Mainz fest: „Die Regierung hat sich längere Zeit mit der Möglichkeit einer Zinssenkung beschäftigt, niemals aber mit einer zwangsweisen. Alle andern Nachrichten hierüber beruhen auf Sensationsmacherei, die zum Teil von interessierter Seite kam und aufs äußerste gefährlich und verwerflich ist.“ So Reichszankler Brüning am 13. November, und bereits drei Wochen danach war die zwangsweise Zinssenkung perfekt. Jetzt ist sie Tatsache, und wir haben uns mit dem durch sie geschaffenen Zustand auseinanderzusetzen.

Der Zinssatz für Hypotheken und andre langfristige Anleihen ist durch Notverordnungsrecht zwangsweise herabgesetzt worden. Das Ausmaß der Senkung hängt davon ab, wie hoch der vereinbarte Zinssatz über 6 Proz. lag. Wir hatten seinerzeit darauf hingewiesen, daß es zu unerträglichen Verhältnissen führen müßte, wenn nur der Zinssatz für im Inland aufgenommene Gelder herabgesetzt würde, da dann der an ausländische Gläubiger verschuldete Deutsche eine Sonderlast aufgebürdet bekäme. Diese dabei entstehenden Ungerechtigkeiten hat die Regierung in Kauf genommen. Es ist also heute beispielsweise so, daß der Mieter, der in einem Hause wohnt, das mit Auslandskapital erbaut ist, keine Ermäßigung der Miete erhält, sondern den alten hohen Satz weiterzahlen muß. Viel gewaltiger sind noch die Unterschiede in der Industriewirtschaft. Dort verteilen sich die langfristigen Schulden nach einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung wie folgt:

Industriegruppe	Inlands- schulden		Auslands- schulden
	in 1000 Mark		
Stainkohlegewinnung	67 041	157 350	
Braunkohlegewinnung	17 300	8 014	
Reisbergbau	3 648	299 440	
Reizbau- und Eisenindustrie	241 716	558 220	
Mit Eisen- und Metallgewinnung verbundene Werke	4 023	—	
Sonstige Grundstoffindustrien	38 507	30 337	
Grundstoffindustrien zusammen	372 235	1 053 361	
Maschinen- und Apparatebau	19 058	10 500	
Fahrzeugbau	44 076	15 331	
Elektrotechnische Industrie	79 811	355 331	
Chemische Industrie	260 105	68 394	
Spinnereien und Webereien	47 075	6 873	
Leber- und Anilinfabrikation	17 594	2 500	
Kautschuk- und Kautschukindustrie	15 735	9 050	
Brauereien und Mälzereien	44 822	—	
Sonstige verarbeitende Industrien	33 046	30 401	
Verarbeitende Industrien insgesamt	561 322	483 049	

Kalenderchau 1932

Der diesjährigen Kalenderbesprechung glauben wir einen Spruch voranzustellen zu sollen, der in seiner Ursprünglichkeit geeignet ist, wenigstens einen Erlachhumor auszulösen. In einem Begleitfestschreiben wendet sich die „Vollstblatt“ G. m. b. H., Rassel, in folgender launigen Weise an ihre Annahmefähigkeit:

Das Jahr ist 'rum, und was es uns gebracht,
Das hat uns wahrlich wenig Freud' gemacht.
Man hat mit Schreffeln uns verordnet Not,
Es gingen Banken und Konzerne tot,
Uns Niesenhafte wuchs die Arbeitslosigkeit
Und gleichermaßen unres' volles Leid.
Nimm also ohn' Bedauern den Kalender ab
Und häng den neuen auf, den dir dein Drucker gab.

Die Kalenderwerbung hat viele Jahre gebraucht, bis sie sich zu der heutigen qualitativen Ausgestaltung durchrang. Ziemlich spät erst hat man erkannt, was für eine nachhaltige Werbewirkung in einem zweckmäßig und zugleich gut ausgestatteten Kalender steckt. Die Druckerzeitung erwartet vom Drucker zum Jahreswechsel mit derselben Selbstverständlichkeit einen Kalender, wie ein Kind zu Weihnachten den Weihnachtsbaum. Man muß anerkennen, daß sich die Drucker je nach ihren geistigen und finanziellen Mitteln bestrengen und auch in diesem Jahre schwerer Not besichtig haben, dem Kalender, ob er nun für die Wand, für den Schreibtisch oder für die Tasche bestimmt ist, ein gutes und freundliches Aussehen zu geben. Den Kameraden, dem wir täglich ins Antlitz blicken müssen, muß man unter allen Umständen mit einem netten und vertrauenswürdigem Gesicht ausstatten, und in der heutigen trübseligen Zeit muß dieser Grundsatz erst recht aufrecht erhalten werden. Mit wenigen Ausnahmen erfreuen die vorliegenden Kalender durch eine lebendige Farbgebung und gute Typographie. Der Buchdruck dominiert, und der Tiefdruck und Offsetdruck bringen wieder gute Proben ihrer Leistungsfähigkeit



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Otto Pollender in Leipzig
Eingetretten: 28. Januar 1882
Jetzt Invalide



Robert Voigt in Tilsit
Eingetretten: 4. Februar 1882
Jetzt Invalide



Wilhelm Gewalt in Breslau
Eingetretten: 5. Februar 1882
Jetzt Invalide



Th. Ruhland, Frankfurt/M.
Eingetretten: 5. Februar 1882
Jetzt Invalide



Wie werden sich nun die Verhältnisse auf dem heimischen Geld- und Kreditmarkt gestalten? Wir sagten damals in unserer Zinsbetrachtung, daß eine Ermäßigung der Hypothekenzinsen viele Gruppen von Sparern schafft, nämlich solche, die früher gepart und deren Geld bereits von Banken und Sparkassen langfristig angelegt ist, und solche, die heut und morgen sparen und die deshalb höhere Zinsen erhalten würden. Wir sagten damals, der einzige Weg, diese Ungerechtigkeit zu vermeiden, sei der allgemein eingeführte Zwangszinssatz. Das ist wortwörtlich eingetroffen. Banken und Sparkassen haben die Einlegerzinsen auf den gleichen Stand gesenkt, und bei künftigen Ausleihen sind sie an Richtlinien des Bankkommissars gebunden. Diesem ist

in der Notverordnung die Aufgabe zugewiesen, ... durch Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Kreditinstitute sicherzustellen, daß bis zum 31. Dezember 1931 zwischen den Spitzenverbänden Vereinbarungen über die Höhe der für die hereinzunehmenden Gelder zu gewährenden Zinsen und über die Berechnung der bei der Weitergabe der Gelder an Dritte maßgebenden Zinssätze und Provisionen getroffen werden. Die Vereinbarungen bedürfen der Zustimmung des Reichskommissars für das Bankgewerbe; sie gelten für alle Unternehmungen der betreffenden Art, auch falls diese den Spitzenverbänden nicht angeschlossen sind. — Kommen Vereinbarungen zwischen den Spitzenverbänden der Kreditinstitute nicht bis zum 31. Dezember 1931 zustande, so erläßt der Reichskommissar für das Bankgewerbe nach Anhörung der Spitzenverbände der Kreditinstitute im Einvernehmen mit dem Reichshandelsrat die erforderlichen Bestimmungen. Dasselbe gilt im Verhältnis zu Kreditinstituten, für die ein Spitzenverband nicht besteht. Die gleiche Befugnis steht dem Reichskommissar für das Bankgewerbe zu, wenn ohne seine Zustimmung die getroffenen Vereinbarungen fortzufallen oder durch andre ersetzt werden. („Reichsgesetzblatt“ Teil I Seite 704.) Geld- und Kreditinstitute, die sich den Anordnungen des Bankkommissars nicht fügen, können von diesem geschlossen werden. Vermitteln ihre Inhaber dann noch Geld, so setzen sie sich einer Geldstrafe bis zu einer halben Million Mark aus. Wir sehen also, die Zwangsbewirtschaftung des Zinses ist zumindest gesetzestheoretisch lückenlos.

Damit wäre die alte nationalsozialistische Forderung nach dem Zwangszins verwirklicht. Als dessen Folgewirkung stellen wir heraus eine Steigerung der Nachfrage nach Geld. Für deren Befriedigung kommt nun nicht mehr die Auswahl über den Geldpreis, also den Zinssatz, in Frage, sondern es entsteht entweder ein wilder Scheitelschlag mit Geld zu „Hintenherumpreisen“, wie wir sie aus der Kriegszwangswirtschaft kennen, oder die Auswahl der Kreditnehmer erfolgt nach Gunst und Beziehungen. Daran ändert sich nichts. Will Reichszankler Brüning diesem Zustand, den man mit Recht mit Zinswirtschaft bezeichnen kann, ausweichen, so bleibt ihm nur ein Weg, nämlich noch tiefer in das privatwirtschaftliche Getriebe eingzugreifen als bisher schon. Dazu wird es notwendig sein, die Vollmachten des Bankkommissars noch zu erweitern. Er muß ermächtigt werden, Banken und Sparkassen vorzuschreiben, an wen sie künftig noch Geld zu vermitteln haben. Daß dabei nur Gesichtspunkte der Planmäßigkeit obwalten können, ist eine Selbstverständlichkeit. Entschieden sich Brüning dazu, oder, besser gesagt, führt er das aus, wozu die Verhältnisse ihn zwingen, dann wäre dem Kapitalismus das Rückgrat gebrochen. Der Herausgeber des „Deutschen Volkswirts“, der liberale Wirtschaftsjournalist und staatsparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Gustav Stolper konnte deshalb mit Recht über die Zwangszinssenkung schreiben, „Kapitalismus ist das Wirtschaftssystem, das sein Verhalten nach Preis und Zins ausrichtet. In dem beide direkt dem staatlichen Diktat unterworfen werden, hat der deutsche Kapitalismus aufgehört zu existieren.“ Geht die Regierung den Weg zur Planmäßigkeit zur Wirtschaft nicht, so laufen wir Gefahr, daß ähnlich wie in den Zuständen des vergangenen Jahres das ganze deutsche Bank- und Kreditwesen zusammenbricht und der deutschen Arbeitererschaft neue schwere Lasten aufgebürdet werden. Deshalb heißt es mehr denn je, diese Verhältnisse zu beobachten und für alle Umstände gewappnet zu sein. R. B.

Das Schaltjahr 1932, von vielen als das Schicksalsjahr Deutschlands gefürchtet, bringt uns die Säkulumfeier des großen Dichterkönigs Goethe. Man muß sich wundern, daß diese Gelegenheit nicht mehr für die Kalenderwerbung ausgenutzt wurde. Nur von der Druckerei Spamer, Leipzig, liegt ein Kalender vor, der diesem Ereignis durch eine gute Graphik gerecht wird.

Arbeiterdruckerei, Görlitz. Der diesjährige Entwurf zu diesem anheimelnden Wandkalender ist ein voller Erfolg. Der reizende Dreifarbenbdruck mit der feinsten Detailarbeit, geschäftlichen Typographie schafft eine gewinnende Harmonie. Er braucht aber einen schönen, lichten Platz, damit seine romantische Note voll zur Geltung gelangen kann. Er hat nichts Reklamhaftes an sich, er will durch Zartheit wirken, wie eine schöne Frau. Die Wochenblätter und die Werbezugschriften passen sich geschickt der Atmosphäre an. Der saubere und klare Druck hat der guten Idee zur passenden Wirkung verholfen.

C. S. Bedische Buchdruckerei, Nördlingen. Dieser Wandkalender weicht schon durch sein quadratisches Format vom Schema ab. Das Kalenderdatum ist wechselförmig mit hübschen baulichen Motiven Nördlingens geschmückt und wird durch einen Rahmen mit negativer Beschriftung aufgenommen. So schön wie diese Motive an und für sich sind, so bringen sie durch ihre Vielheit doch Unruhe in das Ganze. Das Begleitfestschreiben magt dagegen einen ruhigen und vornehmen Eindruck. Das rotgedruckte Signet ist sehr geschickt placiert.

A. W. A. G., Düsseldorf. Mit diesem Wandkalender hat sich die Firma eine nachhaltige Werbewirkung für ihre Erzeugnisse gesichert. Er stellt gleichzeitig einen Führer durch diesen graphischen Großbetrieb dar und bringt dem Laien viel Anregung. Schon das Streifenband, das im Autotypdruck eine wirkungsvolle Hausaufgabe zeigt, erweckt das Interesse des Kalenderempfinders. Das quadratische Deckblatt ist in der Gesamtanlage gut, aber leider wird das Großzügige des Entwurfs durch die mittlere Gruppe stark beeinträchtigt. Der Gedanke einer perspekt-

ivischen Anordnung ist zwar gut, aber in dieser Form leider verfehlt. Die kleine Schrift kann nur ohne Weiteres wirken. Die abreißbaren Monatsblätter sind sach- und drucktechnisch sehr gute Leistungen. Die Autotypen sind auf dem rauhen Naturpapier ganz hervorragend gedruckt.

Auch bringt diese Firma schon immer Taschenkalender heraus, die auf feinstes ästhetisches Empfinden zugeschnitten sind. Der diesjährige Taschenkalender ist ebenfalls wieder eine reizende Gabe und wird von dem glücklichen Besitzer geschätzt werden. Der hellblaue zarte Lederband, mit einem hübschen Ornament in Goldprägung geschmückt, wirkt ganz famos. Auch die Bindeweise ist wieder sehr zweckmäßig. Das Taschenkalendarium bietet ausreichenden Raum für Notizen und ein hübscher guter Werkstoff vervollständigt die gebiegene Ausstattung. Der Kalender wird ein unentbehrlicher Begleiter seines Besitzers sein und damit zum nachhaltigen Werber für die Firma.

Bernburger Buchdruckerei Ges. m. b. H., Bernburg. Der für die Beziesher der Zeitungen „Vollstblatt“ und „Vollstille“ bestimmte Wandkalender steht unter dem Zeichen der Neuen Typographie. Er ist ganz in Grotesk gehalten und räumlich streng gegliedert. Es war deshalb ein guter Gedanke, durch eindrucksvolle Abbildungen etwas Bewegung hineinzutragen. Der Druck ist sauber, nur das etwas aufdringlich wirkende Rot hätte Mäßigung verdient.

Brünners Druckerei, Frankfurt a. Main. Es ist heute wirklich nicht mehr leicht, in der Kalenderwerbung etwas Außergewöhnliches zu schaffen, weil eben schon ganz Vorzügliches geboten wird, das zu überbieten nur noch einem Erfindungsstirn möglich ist. Brünners Druckerei (Zsh. W. Breidenstein) ist uns schon öfters durch ihre rege Initiative und Zuverlässigkeit aufgefallen. Auch in diesem Jahre überrascht sie durch einen von dem begabten Hausgraphen Hans Breidenstein erdachten kombinierten Wand- und Abreißkalender, der entschieden eine Spitzenleistung und ein Novum in der

Korrespondenzen

Bielefeld. Am 17. Januar fand unsere Hauptversammlung statt. Vorsitzender Strathmann begrüßte die Kollegen und wünschte allen ein besseres neues Jahr. Unter „Bereinstimmungen“ teilte er mit, daß die für 1931 gemachten Betriebsräte laut Notverordnung ein Jahr weiter amtieren, ferner daß Überstunden nicht abgerechnet werden dürfen. In dem dann folgenden Jahresbericht ließ Kollege Strathmann das Jahr 1931 mit seinen bitteren Ereignissen an uns vorüberziehen. Besonders bedauerte er das Scheitern der Bierzigstundendrucke, haben wir doch an der Jahreswende im Bezirk Bielefeld 273 arbeitslose Kollegen. Während im ersten Halbjahr 1931 Kurzarbeit noch nicht so stark in Erscheinung trat, änderte sich dies vom Sommer an ganz bedeutend, und heute haben wir neben der ungeheuer hohen Arbeitslosenziffer noch mehrere Betriebe mit Kurzarbeit. Die Bierzigstundendrucke ist nur in der Buchdruckerei „Volksmacht“ eingeführt. Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand durch Stimmzetteln bis auf den Kollegen Louis Ernst, der auf eignen Wunsch wegen Erreichung der Invalditätsgrenze ausschied, wiedergewählt. Für den freizubehaltenden Beizigerposten wurde ein Kollege neu in den Vorstand gewählt, während Kollege Reinhold Tischler im neuen Jahr das Amt des Ortsjugenleiters bekleiden wird. Zum Schluß der Versammlung machte Kollege Strathmann noch interessante Mitteilungen über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf unsere Verbandsklasse im Jahr 1931 mit Beispielen aus den vorhergehenden Jahren, und Kollege Bindelbecker berichtete von einer Krankenterversicherung durch die letzte Notverordnung.

Dresden. Wie in verschiedenen Druckstätten, hatte sich auch hier eine Vereinigung von Invaliden, die „Albuga“ (Alte Buchdrucker-Garde), gebildet, die mit großer Bestrebung auf ihr fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken kann. Der Organisations- und Verbandsgedanke ist bei einem großen Teil der Alten immer noch so lebendig, daß wir das Bedürfnis haben, uns regelmäßig einmal im Monat zu treffen. Mit acht Mitgliedern gegründet, hat sich die „Albuga“ fröhlich entwickelt, so daß sie heute schon 51 Mitglieder (von insgesamt über hundert Dresdner Invaliden) in ihrem Verzeichnis aufweist. Vier von ihnen leben im 79. Lebensjahr und mehr als die Hälfte der „Albuga“ haben das fünfzigjährige Jubiläum hinter sich. Aber die Einhaltung der ungeheuren Statuten wacht der Präses, unser bewährter früherer langjähriger Gewerkschaftsleiter Heinrich Wendische. Die schwierigste und arbeitsreichste Aufgabe liegt dem Kassierer, der zugleich Schriftführer ist, ob, der die nötigen Mittel beschaffen soll, ohne regelmäßige Steuern einzubringen zu können. In der Vergangenheit hat er es so geliebt, jedes Mitglied zu seinem Geburtstag im Namen der „Albuga“ zu beglückwünschen, was von den Betroffenen damit vergolten wurde, je nach ihren Verhältnissen einen kleinen Obolus zu spenden. Dadurch war die Kasse in die Lage versetzt, dringende Ausgaben zu begleichen und die gebrachteten Opfer der Allgemeinheit wieder zuzuführen. Als schönsten Ausdruck des Verbundenheits haben sich bisher auch alle Mitglieder bemüht, beim Heimgang eines Freundes ihm die letzte Ehre zu erweisen. Trotz des Ernstes der Zeit und trotz der Kürzung der Unterhaltungen, von der auch die Invaliden nicht verschont bleiben konnten, beging die „Albuga“ am Sonntag, dem 10. Januar, den fünften Gründungstag in schlichtem Rahmen und Umfang im Saale „Zum Senefelder“, wo wir auch monatlich zusammenkommen. Nahezu alle Mitglieder hatten sich mit ihren Ehegatten eingefunden, denn der Finanzgewaltige der „Albuga“ hatte die Bierte Notverordnung für das „Fest“ außer Kraft gesetzt und einen grandiosen Kaffeentzug vorgenommen, was für die Teilnehmer den Vorteil hatte, daß sie sich an Kaffee und Kuchen laben konnten; auch zu Biermann für die Mitglieder reichte es dann noch. Nach Beginn der Kaffeetafel hieß unser Präses alle herzlich willkommen, besonders den Kollegen Baumeister als Ehrengast. Kollege Wendische warf dann einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, gedachte der vier durch Tod ausgechiedenen Mitglieder und schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung auf eine Besserung der Gesamtlage. Kollege Baumeister überbrachte die Grüße des Gau- und des Ortsvereinsvorstandes und betonte in seinen weiteren Ausführungen, daß Kollegialität und Solidarität sich dafür einsehen würden, daß eine weitere „Notverordnung“ des Verbandsvorstandes aller Voraussicht nach nicht erlassen zu werden brauche. Der Leitspruch: Treue um Treue werde besonders den alten Invaliden gegenüber seine Geltung behalten. Daß Baumeister an der schlichten Freier Teilnahme, erregte auch deshalb große Freude, weil man nun die Gemüthsruhe, einen genügsamen Abend zu erleben. Seine Künstlerhaftigkeit als Regitator hat schon vielen große Stunden bereitet. Und so war es auch diesmal, und zwar um so nachhaltiger, als noch ein zweiter Künstler mit ebenfalls vortrefflichen Lauten- und Sprechvorträgen aufwartete. Die beiden entfalteten einen förmlichen Wettstreit in ihren Darbietungen, die zum allergrößten Teil auf die heitere Note abgestimmt waren. Das eine steht fest, Trübsal wurde an diesem Abend nicht gelassen, und alle Teilnehmer dankten dem Vergnügungsausschuß für den schönen Abend, der, wie Wendische zum Schluß noch bemerkte, in fünf Jahren hoffentlich unter günstigeren Verhältnissen seine Wiederholung finden soll.

Eilenberg (Thür.). Wie alle unsere Veranstaltungen, so war auch die Hauptversammlung am 16. Januar sehr gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Wilhelm Schmid dem in dem besten Lebensalter nach einer Magenoperation verstorbenen Bezirksvorsitzenden, Kollegen Karl Thieme (Yena), „unserm lieben Freund, verdienstvollen Kollegen und vorbildlichen Führer“, dankbare Worte ehrenden Gedenkens. Nach dem Jahresbericht des Vorsitzenden kam in der Aussprache der große Unmut der Kollegen über die wiederholten Lohnkürzungen ohne nennenswerten Preisabbau in ersten Worten zum Ausdruck. Kollege Wenzel vom Bezirksvorstand gab einen Bericht von der Bezirksvorstandssitzung am 10. Januar in Weimar, der uns ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Situation im allgemeinen und derjenigen unseres Verbandes im besonderen vermittelte. Der Bericht wurde von einigen Rednern kritisch beleuchtet, aber im übrigen gutgeheißen. Die Vorstandswahlen ergaben nur infolge einer Veränderung, als der Schriftführerposten anderweitig besetzt wurde. Nach der eindringlichen Ermahnung des Vorsitzenden, trotz oder gerade wegen der auf jeden einzelnen schwer lastenden Not der Gegenwart auch nach den unter den Einwirkungen der nie getannenen Wirtschaftskrise unumgänglich mehr oder weniger stark gesenkten Unterhaltungsätze fest und treu zum Verband zu halten, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Karlsruhe. In unserer Versammlung am 9. Januar gedachte Vorsitzender Preißel zunächst zweier verstorbenen langjähriger Mitglieder, denen er einen warmen Nachruf widmete. Ermahnenswert ist, daß trotz Kurzarbeit, die in vielen Betrieben herrscht, mittels freiwilliger Spenden für unsere arbeitslosen Kollegen ein Betrag von 1176 M. aufgebracht wurde. Zu dieser Summe gab die Ortsliste noch einen beträchtlichen Aufschuß, womit unser Arbeitslosen eine schöne Weihnachtsfreude bereitet werden konnte. Kollege Preißel ermahnte die Kollegen, in der heutigen Zeit um so fester zusammenzufassen und sich keiner gleichgültigen Stimmung hingeben. Besonders mahnende Worte richtete er an einige arbeitslose Kollegen, die es nicht unterlassen konnten, vor dem Arbeitsamt auf Funktionäre im allgemeinen und die des Verbandes im besonderen zu schimpfen. Im Interesse des Ansehens der Arbeiterbewegung wurden diese ersucht, in Zukunft derartige zu unterlassen, andernfalls sie die Konsequenzen ihrer Handlungsweise zu tragen haben. Besondere Beachtung wurde vom Vorsitzenden der Be-

kanntmachung des Verbandsvorstandes betreffend Sentung des Verbandsbeitrags und Kürzung der Unterhaltungen zuteil. Diese Maßnahmen waren notwendig, um unsern Haushalt in Ordnung zu halten. Wenn man in Betracht zieht, daß in letzter Zeit die Ausgaben die Einnahmen um 2 Millionen überstiegen, so waren die getroffenen Maßnahmen unbedingt notwendig. Trotzdem müssen wir alles daran setzen, über diese Krise hinwegzukommen und unsere Organisation intakt zu halten. Das Internerium setzt alles daran, die gewerkschaftlichen Organisationen zuerschlagen, deshalb muß für uns die Parole lauten: Noch fester sich zusammenschließen, dann wird auch dieser Sturm an unsern eisernen Willen zerfallen. Aufgenommen wurde hierauf ein Kollege. Sodann ließ in anderthalbstündigem interessanten Vortrag Kollege Maier die Ursachen der heutigen Krise an dem geistigen Auge vorüberziehen, dabei klar herausstreichend, daß der Kampf um die Verfürgung der Arbeitszeit schon eingeleitet hatte, bevor die Gewerkschaften entstanden seien. Durch Kaufkraftschwund wird die Krise und die dadurch verursachte Arbeitslosigkeit nur noch verschärft. Die schlimmsten Rattenfänger sind die Propheten des „Dritten Reichs“, und man kann nicht verstehen, wie es noch Arbeiter geben kann, die dieser Gesellschaft noch nachlaufen, die von Großkapitalisten wie Glöckner, Thyssen usw. ausgehalten wird. Die Krise besteht in der ganzen Welt. Bei uns ist sie deshalb so stark, weil wir auch unter Kapitalmangel zu leiden haben. Mit die Hauptschuld an der Krise trage die Überalterisierung in allen Ländern, wie dies so trefflich in dem Buch „Nationalisierung — Zentralisierung“ von Otto Bauer (Widrigkeit) geschildert sei. Die Anschaffung dieses Buches könne jedem Kollegen empfohlen werden. Die Folgen dieser Nationalisierung war ein Anwachsen der Produktionsmengen und eine Herabsetzung der Arbeiterzahl. In verschiedenen Beispielen wurde dies treffend nachgewiesen. Es ist deshalb die Forderung und Einföhrung der Bierzigstundendrucke eine unbedingte Notwendigkeit, um dadurch die Verteilung der Arbeitskräfte besser zu regeln. Ohne Verfürgung der Arbeitszeit ist eine Unterbringung auch nur eines Teiles unserer Arbeitslosen nicht möglich. In verschiedenen Berufen ist die Mechanisierung bedeutend vorgeschritten, weshalb diese besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Auch auf die Schäden der Arbeitslosigkeit kultureller, sittlicher, moralischer Art wies der Referent besonders eindringlich hin. Geistige Depression ist die heutige herrschende Krankheit. Je höher die Arbeitslosigkeit geht und je länger sie andauert, desto mehr nehmen Kraditis, Tuberkulose sowie Bergehen aller Art überhand, was tagtäglich in der Tagespresse festzustellen werden kann. Die Frage, ob eine Kürzung der Arbeitszeit möglich und tragbar ist, muß mit Ja beantwortet werden. Durch die Kürzung auf 40 Stunden können etwa 800 000 Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß eingereicht werden. Von der älteren Generation wurden schon vor Jahrzehnten um die Kürzung der Arbeitszeit große Opfer gebracht. Die Forderung der Bierzigstundendrucke ist ein Appell an die Solidarität der Arbeiterklasse, aber auch an die Unternehrmer und an die Regierung. Der Kampf um die Verfürgung muß ungenügend werden unter selbstständiger Aufrechterhaltung des Reallohnens. In dieser Kampf jedoch erfolgreich bestehen zu können, ist es unsere Aufgabe, die Gewerkschaften zu stützen und zu stärken, um bei kommenden Auseinandersetzungen mit dem Unternehrmertum gestützt zu sein. Keiner Beifall folgte diesem instruktiven Vortrag, was auch den Vorsitzenden veranlaßte, Kollegen Maier herzlichsten Dank abzusprechen. In der Diskussion herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Einföhrung der Bierzigstundendrucke erkämpft werden muß. Ein Kollege verlangte die Befestigung des Wlages im Tarif betreffend Überstunden. Eine Notverordnung im allgemeinen hierüber wäre am Plage. Nach dem Schlußwort des Kollegen Maier, und nachdem unter „Verschiedenem“ noch einige Wünsche geäußert worden waren, fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß. Die arbeitslosen Kollegen erhielten ein Zehrgeld von 1 M.

Kalenderausstattung darstellt. Er ist der Firma als Gebrauchsmuster geschützt worden. Der Kalender fällt schon durch seine außergewöhnliche Form mit ihrer harmonischen Aufteilung aus dem allgemeinen Rahmen heraus. Die Aufmerksamkeit erinnert an die reiche Pracht der alten Altartypischen. Das Mittelstück bildet die Göttin der Zeit mit Stundenglas, Sonne und Mond. Darüber befindet sich der Wertspruch „Carpe diem“ (Nütze den Tag), und seitlich sind die Monatskalenderblätter als Zylinder mit Spiralfestheftung angelegt. Der Tagesblock sitzt flach, rund ausgefräht, in vollendeter Harmonie dem ganzen Aufbau ein. Der Druck auf die Goldfolie erfolgte im Tiefdruckverfahren. Der Kalender ist ein lebendiger Beweis für die geistige und technische Beweglichkeit der Firma und man kann ihr die Hochachtung für dieses Meisterwerk nicht versagen.

Reichliche Universitäts-Buch- und Stein-druckerei Lange, Gießen. Mit dem Entwurf des Kalenders war diesmal der Wertmeister Künstler Sigurd Lange betraut. Frohinnig und beschwingt, wie es seiner Jugend entspricht, hat er in flatternder Zeichnung Motive der oberhessischen Heimat festgehalten. Im Beileichschreiben sagt der Verlag hierzu: „Möge auch der Beschauer den Sagen harter Arbeit empfinden an dem pflichtigen Bauer, Frohinn schöpfen aus der Darstellung des jugendlichen Wanderspaars im Krosborscher Forst und Vertreten aus dem trübsigen Gleiberg, der herübersehnt über das Giesener Talbecken zum Schiffenberg der Sonne entgegen.“ Die Typographie des Kalenders ist innig mit der bildlichen Darstellung verbunden und bildet so ein Kunstblatt von eindrucksvoller Wirkung.

Buchdruckwerkstätte, Berlin. Die ganze Anlage und technische Durchführung des Wandkalenders verrät den praktisch denkenden und geschmacklich gesulten Fachmann. Die Rückwand ist auf starke Pappe lackiert, farblich in zwei Hälften aufgeteilt: Schwarzbraun-Gelb. Gewiß keine alltägliche und auch keine besonders ange-

nehme, aber auf Werbewirkung berechnete Farbzusammenstellung. Der obere Teil der Rückwand zeigt in vorzüglichem Autotypdruck eine geschätzte und eindrucksvolle Aufnahme des Druckhauses der Buchdruckwerkstätte. Darunter befindet sich als Negativstreifen die Firma. Es schließt sich dann das Kalenderium in der üblichen Aufmachung auf gelbem Grund an. Der zum Ganzen gut passende Tagesblock stellt die Verbindung mit der oberen Hälfte der Rückwand her.

Dresden & Neueste Nachrichten. Dieser in zwei Farben gefaltene Jahrbuchskalender hat einen angenehmen Reiz durch das einem alten Stich nachgebildete Motiv „Dresden vor 100 Jahren“ erhalten. Auch die Radierung von Walter Feising in Dresden zeigt gute, eindrucksvolle Kunst. Um so aufdringlicher wirkt der in der Mitte befindliche Negativblock mit der Firma in dem lebendigen Rot.

Frank & Scheibe, Hamburg. Die Rückwand dieses Arbeitskalenders ist auf Fernwirkung eingestell. Das Notarange mit streng gezeichnetem Firmenzeihen in Negativ auf schwarzem Grund wirkt selbst von weitem noch durchschlagend. Die ganze Entwurfsanlage ist lapidar einfach und zeigt hervorragendes Können in der Flächenaufteilung. Auch der Arbeitsblock paßt sich der übrigen Ausstattung gut an. Mit drei Farben ist bei einfacher Kombination eine passende Werbewirkung erzielt worden.

Gerrish & Co., Dortmund. Dieser Heimat-Kunstkalender ist ein handwergertlich hochstehendes Ereignis. Die einzelnen Monatsblätter tragen oben eine der Jahreszeit angepaßte Biquette. Die Motive hierzu, vom Kollegen Klein entworfen und mit künstlerischer Fertigkeit in Blei geschnitten, sind sehr eindrucksvoll und rasiß, so daß man seine Freude daran haben kann. Die Farbenschemierung ist jedoch bei einigen Blättern zu intensiv. Das Kalenderium ist gut geteilt und mit den oberen Biquetten durch einen schwarzen Streifen, auf dem sich der jeweilige Monatsname in Negativ befindet, harmonisch verbunden.

H. Hohenecker, München. Der Gesamteindruck dieses Wandkalenders ist etwas unruhig, woran die vielartige Flächenaufteilung mit den vielen weißen Streifen über und unter dem Kalenderium Schuld tragen dürfte. Auch der obere blaue Streifen und die Seitwärtsstellung des Sages mit dem abfallenden Rand wirkt störend. Der Satz ist sonst nicht schlecht, und auch das Blau und der braune Ton sind gut getroffen. An dem Druck selbst ist auch nichts auszuweisen.

Hoffmann & Reiber, Göttingen. Der flotte Entwurf der mehrfarbigen Offsetdruck hergestellten Rückwand wird leider durch den Aufdruck der Firma stark beeinträchtigt. Es wäre vielleicht besser gewesen, die Firmenzeile über die abgezeichnete Figur zu stellen, um den Eindruck des Unfertigen zu mildern. Schade! Der Kalender ist sonst eine ganz ausgezeichnete Druckleistung. Die Wochenblätter sind einfach, zweckmäßig und schön gestaltet. Eine recht angenehme Unterbrechung bilden die Zwischenblätter mit den hübschen landschaftlichen und sonstigen Motiven.

Dieser Vormerkkalender fällt schon äußerlich durch abweichendes Format und seine Bindetechnik auf. Das in Licht und Schatten gehaltene Deckblatt wirkt famos, und auch das einfach gesetzte Geleitwort hat trotz aller Schlichtheit eine vornehme Wirkung. Die einzelnen Seiten des zweifarbigen Kalenderiums verraten in der Einfachheit den Meister. Man kann sich ein Vormerkbuch kaum in einer zweckmäßigeren und schöneren Form denken.

Paul Hug & Co., Aüringen. Das Deckblatt dieses Monatskalenders steht in keinem organischen Zusammenhang mit den lebendig wirkenden Zweimonatsblättern. Auch die Randzeile könnte etwas ruhiger sein, da die Kalenderblätter schon stark bewegte Gostiziffern haben. Durch das rote Mittelstück, das die beiden Monate voneinander trennt, und durch die gut gelungenen Abbindungen bekommen die Blätter den erforderlichen Reiz. Satz und Druck sind einwandfrei. (Fortsetzung folgt.)

Kassel. (Maschinenseher.) Am 10. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Kollege Zerfuß eröffnete die von 33 Kollegen besuchte Versammlung und begrüßte insbesondere die Kollegen aus den Bezirksorten und Kollegen Barthelmei vom Bezirksvorstand. Nach Berlesen der eingegangenen Neujahrsgratulationen und einigen andern Eingängen gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Kollege Zerfuß streifte in kurzen Zügen die wirtschaftliche Lage mit ihren folgenschweren Auswirkungen auf das Gewerbe. Gleichzeitig bemängelte er den schwachen Besuch der Versammlungen im verfloßenen Jahr. Im Bezirk stehen 37 Linotypen, 25 Typographen, eine Interzypen- und eine Monoflexmaschinen. Der Mitgliederbestand beträgt 74. Der Bericht schloß mit der Mahnung an alle Kollegen, mehr denn je zur Sparte zu halten. Nach den Berichten der übrigen Vorstandsmittglieder wurde dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. Es folgten dann die Berichte aus den einzelnen Betrieben, die überall das gleiche Bild zeigten: Überminimabbau und Ausnützen der Arbeitskräfte aufs Äußerste. Der Punkt „Vorstandswahl“ sah das Scheitern des langjährigen Vorsitzenden Kollegen Zerfuß von seinem Amt aus Gesundheitsgründen. Einmütig ging Kollege Kober als Vorsitzender aus der Wahl hervor. Die bisherigen übrigen Vorstandsmittglieder erklärten sich bereit, auch im neuen Jahr der Sparte ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen; dadurch fand die Vorstandswahl eine schnelle Erledigung. Kollege Poeschl dankte dem Vorsitzenden für seine treuen Dienste. Beim Punkt „Technisches“ tauschten die Kollegen einige sehr interessante Fragen aus. Auch unter „Verschiedenem“ wurde über einige Meinungen Klarheit geschaffen.

Mainz. (Maschinenseher.) Unsere Generalsversammlung am 10. Januar war den Zeitverhältnissen entsprechend gut besucht. Unter „Gesellschaftlichem“ wurde eine Neuaufnahme in der Sparte vollzogen, leider auch zwei Austritte zur Kenntnis gegeben. Vorsitzender Scheidner streifte kurz die Arbeitslosigkeit, die immer größeren Umfang annimmt, hauptsächlich in den Großstädten, wo ein Drittel der Mitglieder ohne Arbeit sei. In seinem Jahresbericht gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick über die im Laufe des Jahres 1931 abgehaltenen Versammlungen der Vereinigung sowie derjenigen Versammlungen der Gauvereinigung, an denen sich Mitglieder unseres Bezirks beteiligten. Anschließend erstattete der Kassierer, Kollege Lehr, den Kassenbericht. Es wurde ihm für seine Kassenführung Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab Neuwahl des Schriftführers, im übrigen bleibt der seitherige Vorstand bestehen. Bei der Beitragsreglung wurde eine Herabsetzung des monatlichen Beitrags von 1 M. auf 80 Pf. beschlossen. Unseren arbeitslosen Kollegen wurde, soweit sie anwendbar waren, nachträglich eine Weihnachtunterstützung ausgesetzt. Am Schluß der Versammlung dankte der Vorsitzende den Kollegen, und ermahnte sie dringend, in dieser ersten Zeit treu zu ihrer Organisation und zur Sparte zu halten.

Neudamm. Unsere Jahreshauptversammlung am 9. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nach den geschäftlichen Mitteilungen erstattete Vorsitzender Wilhelm Schröder den Jahresbericht. Im Laufe des Jahres fanden sieben Versammlungen statt, die von rund 55 Proz. der Kollegenchaft besucht waren. Wie groß die Arbeitslosigkeit in unserm Beruf ist, das zeigte der Bericht über die Biatiumskasse. Hiernach wurde unser kleiner Ort von 344 Durchreisenden besucht, die an Verpflegung und Reisegehalt 642 M. erhielten. Anschließend an den Jahresbericht gab der Ortskassierer, Kollege Franz Schmidt, den Jahresbericht, der zu Monatsfeine Veranlassung bot. Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorstandes wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Damit hatte die sehr sachlich verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

Stettin. (Vierteljahrsbericht.) In unserer Versammlung am 20. November wurden fünf Jubilare zu ihrer 25jährigen Mitgliedschaft beglückwünscht. Der Vorsitzende gab dann ein Werbeschreiben des Konsumvereins zur Kenntnis und erinnerte an den Beschluß des Gewerkschaftskongresses, jeder freigewerkschaftlich Organisierte solle Mitglied der Konsumgenossenschaft sein. Die hiesige Winterhilfe, für freie Gewerkschaften Solidaritätshilfe genannt, gab als Mitte Dezember Mittagessen, die Portion mit 10 Pf., ab. Das Essen kostete 32 Pf. in der Herstellung durch die Stadtküche. Es finden sich auch in unserm Beruf immer mehr Teilnehmer zur Spelung. Am 1. Oktober sah sich der Magistrat veranlaßt, die Fachlehrer der Gewerkschule zu verabschieden, wodurch auch zwei unserer Kollegen betroffen sind. Im dritten Vierteljahr wurden aus der Ortskasse 1794 M. an Reisende gezahlt und an Jahrgeld für Arbeitslose an Ort in zwei Versammlungen 108 M. Einem Vorschlag zu Weihnachtunterstützungen stimmte die Versammlung zu. Es erhielten danach zum Zeit Ausgesetzte, die verheiratet sind, 10 M., Bezugsberechtigte 7 M., Nichtbezugsberechtigte 5 M., Unvaliden 10 M. und Durchreisende 5 M. Es kamen 1300 M. zur Verteilung. — Die Versammlung vom 10. Januar ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen Robert Glaser vom Verbandsvorstand und des hiesigen Sozialisten Hermann Schulz, der in seiner Jugend auch Funktionär war, durch Erheben von den Mägen. Anschließend konnte der Vorsitzende als Erfreuliches mitteilen, daß unser langjähriger Gaukassierer Wilhelm Billa am 2. Dezember 40 Jahre im Gauvorstand tätig war. Möge ihm auch weiter Gesundheit beschieden sein für ferneres Wirken. Eine besondere Überraschung wurde 105 Arbeitslosen zum Weihnachtsest noch zuteil. Außer den Geldspenden vom Ort und dankenswerterweise auch aus der Gaukasse, erhielten diese je ein Paket mit Lebensmitteln im Wert bis 7 M. Die Geber waren die Volksdruckerei G. m. b. H., für 100 Pakete. Den Rest stiftete ein wohlthätiger Kollege. Werden Teilen sei auch hier nochmals gedankt. Der Versammlung wurde davon Kenntnis gegeben, daß das Haus der deutschnationalen „Pommerschen Reichspost“ von der Gewerkschaftshaus G. m. b. H. gekauft worden ist. Es ist ein Neubau, der gewiß einigen haulichen Veränderungen unterworfen wird. Die auf der Tagesordnung stehende Vorstandswahl wurde schnellstens erledigt, indem der bisherige Vorstand durch Applaudation gegen vier Stimmen wiedergewählt wurde. Der Versammlungsbesuch war zufriedenstellend.

Um-Neu-Um. Vor Eintritt in die Tagesordnung unserer Generalversammlung am 9. Januar gebähten Vorsitzender Holl der verstorbenen Kollegen M. Müller und K. Liebrandt sowie des Kollegen Glaser mit warmen Dankesworten. Die Tagesordnung enthielt u. a. die Berichte des Vorstandes, des Kassierers, des Reichsfachwerwalters und der Lehrkingsleiter. Die umfangreichen Berichte wurden von den Kollegen mit voller Zufriedenheit aufgenommen. Aus einer Jahreszusammenfassung ging hervor, daß sich der Durchgangsverkehr folgendermaßen gestaltete: Januar bis Dezember 652 bezugsberechtigte und 461 ausgesetzte Kollegen. Die Arbeitslosigkeit innerhalb der Mitgliedschaft nahm im Laufe des Jahres sehr bedeutende Formen an, zu Beginn des Jahres waren 17 bis 20 arbeitslose Kollegen, am Ende des Jahres 45 zu verzeichnen. Möge das Jahr 1932 der gesamten deutschen Arbeiterchaft einen strahlenden Lichtblick bringen für eine bessere und sichere Zukunft! Der Mitgliederbestand beträgt 180, neben 42 Lehrlingen. Die Verteilung der Remunerationen fand, wie vom Vorstand vorgeschlagen, einstimmige Annahme. In Anbetracht der schlechten Kassenverhältnisse mußte leider folgender Beschluß gefaßt werden: In der Verbandsunterstützung ganz Ausgesetzten mit über 300 Beiträgen wird aus der Ortskasse ein freiwilliger Zuschuß in den Monaten mit vier Abrechnungswochen 3 M., in den Monaten mit fünf Wochen 4 M. gewährt. Ab 1. Februar wird an die ausgesetzten Durchreisenden das Ortsgehalt aufgehoben und in Zukunft nur noch an solche Kollegen bezahlt, die mindestens 1000 Beiträge haben und nicht länger als ein Jahr ausgesetzt sind. Das Anwesenheitsgeld für Konditionenlose in den Versammlungen wird jeweils dem ungefähren Wert von zwei Glas Bier angepaßt. Aus den Vorstandswahlen gingen u. a. hervor als erster Vorsitzender Albert Holl und als Kassierer S. Glasbrenner sen. Die Generalversammlung, der 76 Kollegen beiwohnten, verlief zur vollsten Zufriedenheit.

Weißwasser (D.-L.). In unserer Jahreshauptversammlung am 16. Januar nahmen alle Kollegen teil. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit den besten Wünschen für das neue Jahr und berichtete dann über die letzten Lohnverhandlungen in Verbindung mit der vierten Notverordnung. Die Versammlung nahm Kenntnis von der erfolgten Wahl des Kollegen Freige (Wreslau) zum Gauvorsitzer. Der Jahresbericht zeigte, daß der Ortsverein auch im verfloßenen Jahr die ihm gestellten Aufgaben zur Zufriedenheit der Kollegenchaft löste und erfolgreiche Kleinarbeit im Interesse unseres Verbandes verrichtete. Der Kassenbericht wies trotz der Weihnachtseinkünfte an unsre vier arbeitslosen Kollegen (je 5 M.) einen erfreulichen Bestand auf. Dem langjährigen Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Er setzt sich u. a. zusammen aus den Kollegen Paul Kehler als Vorsitzenden und Adolf Heller als Kassierer. Der Beitrag wurde, bedingt durch die erhebliche Lohnsenkung und die Ermäßigung des Verbandsbeitrags auf 3 M. festgesetzt. Die Versammlungen sollen — wie bisher — am ersten Sonnabend nach dem Ersten jeden Monats stattfinden. Ferner wurde beschlossen, auch in diesem Jahr unsern Stiftungsfest zu feiern.

Wiesbaden. (Maschinenseher.) Unsere Generalsversammlung am 10. Januar eröffnete sich eines guten Besuchs. Nach Erledigung des „Gesellschaftlichen“ gab Vorsitzender Weine den Jahresbericht. Er erwähnte u. a., daß das neue Jahr das 30. Vereinsjahr sei und ermahnte die Kollegen, noch fester zur Sparte zu halten, um allen kommenden Ereignissen gelassen gegenüberzutreten. Anschließend wurde der Kassenbericht gegeben, der zeigte, daß die Kassenverhältnisse gut sind. Ein Antrag auf Herabsetzung des Beitrags fand Annahme. Die Vorstandswahl fand ihre Erledigung dadurch, daß die Versammlung dem alten Vorstand ihr Vertrauen aussprach und ihn wiedergewählte.

Zittau. Unsere Hauptversammlung am 10. Januar hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Unser Vorsitzender Reichel gab einen ebenso interessanten wie umfangreichen Jahresbericht über das ereignisreiche Notjahr 1931. Neben viel Innerweltlichem, von dem zu melden war, stand aber dennoch die Opferfreudigkeit und Solidarität unsrer Kollegenchaft, die uns ermutigt, dem neuen Jahr mit Zuversicht zu begegnen. Die Versammlung dankte dem Vorsitzenden für seine umfangreiche Tätigkeit. Die verantwortungsvollen Kassengeschäfte führten die Kollegen Schreiber und Öring, denen nach ihrer Berichtserstattung Entlastung erteilt wurde. Über eine rege und abwechslungsreiche Tätigkeit der Lehrkingsabteilung berichtete Lehrkingsleiter Kollege Noontun. Nach Entgegennahme des Kartellberichts fanden die Neuwahlen statt. Als Zeichen des besonderen Vertrauens wurde der bisherige Gesamtverband wiedergewählt. Ebenso blieben auch die übrigen Ämter in bewährten Händen. Eine längere Debatte entzifferte die Festsetzung des Ortsbeitrags und die Entscheidung über Beibehaltung oder Abschaffung des Umfahngaus. Es wurde beschlossen, bei unändertem Ortsbeitrag das Biatium etwas zu kürzen und das traditionelle Umfahngau vorerst beizubehalten. Zum Schluß wurde auf die strikte Einhaltung der Lehrlingsstaffel hingewiesen und die nachsichtige Senkung der Tageszeitungspreise kritisiert.

Allgemeine Rundschau

Bemerkenswertes Urteil im Falle eines Zeitungsverbots. Gelegenheit eines Verbots des Berliner nationalsozialistischen „Angriff“ im September vorigen Jahres durch den Polizeipräsidenten wurde in der Lohndruckerei des genannten Nagelblattes (Notadruk, G. m. b. H.) eine andere Zeitung, die „Nationalpost“, hergestellt. Diese mußte nach Inhalt und Aufmachung als Ersatz für den verbotenen „Angriff“ angesehen werden. Um diesem Verbot gegen gesetzliche Bestimmungen und behördliche Verfügungen ein Ende zu machen, ordnete der Polizeipräsident am 10. Oktober v. J. die Schließung der Notadruk G. m. b. H. bis zum 20. Oktober, dem Tage des Ablaufs des „Angriff“-Verbots an. Die Druckerei blieb vom 12. bis 20. Oktober geschlossen, das Personal erhielt für diese Zeit keinen Lohn. Dr. Scher, Drucker und Angestellter ließen durch den Berliner Gauvorstand beim Arbeitsgericht Klage auf Lohn-

zahlung erheben, die zunächst in einem Einzelfall den Erfolg hatte, daß dem Kläger der Lohn für die Verbotszeit zugestanden wurde, während die übrigen Klagen bis zur Entscheidung der Berufungsinanz zuhielten. Die von der Firma eingelegte Berufung wurde vom Landesarbeitsgericht unter Vorbehalt des Landgerichtsrats Dr. Franke verhandelt. Die Firma berief sich darauf, daß sie auf den Inhalt der von ihr gedruckten Zeitung keinen Einfluß habe, also auch nicht die Folgen für ein Verbot zu tragen brauche. Das Gericht erkannte auf Abweisung der Berufung aus denselben Gründen, die für das Urteil der ersten Instanz maßgebend waren. Die Gründe sind im wesentlichen die: Söhre Gewalt, ein unvorhersehendes und unabwendbares Ereignis liege nicht vor, denn wer eine politische Zeitung herstelle von der Art des „Angriff“, der müsse mit der Möglichkeit eines Verbots rechnen. Wenn auch der Drucker keinen Einfluß auf die Haltung der Zeitung habe, so könnte er doch beim Abschluß des Druckvertrags Vorbehalte dafür treffen, daß er für den Fall eines Verbots vom Verleger schadlos gehalten werde. Sabe der Drucker das aus irgendwelchen Gründen unterlassen, so sei das sein Risiko. Die Arbeitnehmer hätten das Risiko nicht zu tragen. Es handle sich hier um eine vorübergehende Störung des Betriebs, die sich nicht so stark ausgedehnt habe, daß sie den Bestand des Betriebs selbst gefährdet hätte. In diesem Fall hat nach der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts der Unternehmer die Folgen der Betriebsstörung zu tragen. Die von der Firma beantragte Zulassung der Revision wurde abgelehnt.

Zur Milderung des Lohnsteuerrechts. Durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 ist die Lohnsteuererleichterung für das Kalenderjahr 1931 bekanntlich aufgehoben worden. Diese Aufhebung stellt ein brutales Steuerrecht gegen die Arbeiter und Angestellten dar, weil die Erwerbslosen unter ihnen keinerlei Möglichkeit mehr haben, ihre zu viel gezahlten Steuerbeträge zurückzubekommen. Um die Lohnsteuerzahler vollends unter Ausnahmerecht zu stellen, hat das Reichsfinanzministerium auch die Erleichterung aus Willkürgründen aufgehoben. Selbst solche Lohnsteuerzahler können ihre überhöhten Beträge nicht mehr zurückerhalten, deren Jahreseinkommen weit unter dem Existenzminimum blieb. Zwecks sofortiger Milderung dieser Härten sowie gleichzeitiger Härten bei der Erhebung der Bürgersteuer sind vor kurzem die gewerkschaftlichen Spitzenverbände sowie Vertreter der SPD. und des Zentrums im Reichsfinanzministerium vorstellig geworden. Die Verhandlungen, denen sorgfältig ausgearbeitete Vorschläge eines sozialdemokratischen Vertreters zugrunde gelegt wurden, haben zunächst ergeben, daß die technischen Bedenken, hinter denen sich die Ministerialbürokratie verschante, einer Beseitigung der Härten nicht ernsthaft im Wege stehen. Inzwischen sind die Vorschläge der Gewerkschaften und der genannten Parteien auf Milderung der Bürgersteuer und Aufrechterhaltung der Lohnsteuererleichterungen aus Willkür im Reichsfinanzministerium geprüft worden. Das Ergebnis dieser Prüfung liegt nunmehr dem Reichsfinanzminister Dietrich vor. Es ist in Aussicht genommen, unter seinem Vorbehalt am 2. Februar eine neue und voraussichtlich abschließende Besprechung mit den Gewerkschaften abzuhalten.

Bisherige Reparationsleistungen Deutschlands. Von unterrichteter Seite wird eine Aufstellung der Leistungen veröffentlicht, die Deutschland in Ausführung des Waffenstillstands- und Versailles Vertrags bewirkt hat. Nach dieser Aufstellung hat Deutschland bis zum 31. August 1931 nicht weniger als 42,059 Milliarden Mark geleistet. Die Reparationskommission hat bis zu diesem Zeitpunkt 8,067 Milliarden Mark gutgeschrieben. Zu diesen 42 Milliarden kommen weitere 11,096 Milliarden auf Grund des Dawesplanes, des Youngplans, des Deutsch-Amerikanischen Schuldenabkommens und des belgischen Marstabkommens, weiter an sonstigen Leistungen 14,518 Milliarden. Nach dieser Aufstellung betragen die deutschen Leistungen bis zum Inkrafttreten des Hoover-Moratoriums 67,673 Milliarden Mark, ungedeckt der Zinsen und aller mittelbaren Leistungen. Die ungeheure Kapitalarmut Deutschlands beruht nicht zuletzt auf den Leistungen, die Deutschland in Ausführung des Waffenstillstands- und des Versailles Vertrags bewirkt hat.

Neuer Werksparlassen-Skandal. Unmittelbar nach dem sensationellen Zusammenbruch der Vorhänge in Berlin-Regel wurde vom „Vorwärts“ die Frage aufgeworfen, wie es mit der Sicherheit der Werksparlassengerde bestellt sei. Es handelte sich bei diesen Spargeldern um die enorme Summe von rund 3 Mill. M., die von den Arbeitern und Angestellten der Vorhänge mißsam Großfen für Großfen geparkt worden waren. Wie nunmehr vom „Vorwärts“ berichtet wurde, gab in der dieser Tage abgehaltenen Gläubigerversammlung bei Vorhänge mit der Abwicklung beauftragte Treuhänderdirektor Schwaan Auskunft über das Schicksal dieser Millionen Spargelder, die eine geradezu katastrophale Lage der Vorhängeparer enthielt. Zur „Sicherheit“ der Spargelder ist eine Grundschuld auf die Grundstücke der Vorhängewerke eingetragen, die an so schlechter Stelle steht, daß von einer Deckung überhaupt nicht die Rede sein kann. Als ungeheuerliche Gläubiger sind die Vorhängeparer bei dem jetzigen Vergleichsverfahren die Geoprellen. Diese ungeheuerliche Tatsache veranlaßt den Direktor Schwaan selbst zu der Äußerung, daß man nach diesen Vorgängen Werksparlassen für die Zukunft glatt verbieten müßte. Zu diesem Werksparlassen-Skandal schrieb der „Vorwärts“ sehr treffend, daß die leitende und Tag von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie erhobene Forderung des Verbots von Werksparlassen angelehnt der Vorgänge bei der Nordwolle und bei Vorhänge mit verächtlichem Nachdruck gestellt werden muß. Diese aus der patriarchalischen Vergangenheit des Kapitalismus stammenden Einrichtungen sind schon seit langem abdrückreif! Sie dienen im Grunde keinem andern Zweck, als das Unternehmertum der Werksparlassen zu züchten, die Arbeiter an die Betriebe zu fetten, und zugleich dem Unternehmer auf billige Art und Weise Betriebskapital zu verschaffen. Werksparlassen sind Zwangsparlassen. Jeder, der bei Vorhänge weiterarbeiten wollte, mußte seine Spargelder zur Werksparlasse tragen! Die ganze Unwahrscheinlichkeit und Heuchelei der Werksparlassenhaftigkeit tritt im Fall Vorhänge mit aller Schärfe zutage. Die großen Gläubiger, der Stahlfabrik, der Röhrenkonzerne und die Deutsche

